



## **Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 26.07.2010

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele	Ab TOP 3
Herr Stadtrat Aßfalg	
Herr Stadtrat Bode	
Herr Stadtrat Braig	
Herr Stadtrat Brenner	
Herr Stadtrat Deeng	
Frau Stadträtin Drews	
Herr Stadtrat Dullenkopf	Fehlt bei TOP 7
Herr Stadtrat Funk	
Frau Stadträtin Goeth	
Frau Stadträtin Handtmann	
Herr Stadtrat Heinkele	
Herr Stadtrat Herzhauser	
Frau Stadträtin Kapfer	
Herr Stadtrat Keil	
Frau Stadträtin Kübler	
Herr Stadtrat Lemli	Ab TOP 11.3
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding	
Herr Stadtrat Pfender	
Herr Stadtrat Rieger	
Herr Stadtrat Dr. Schmid	
Frau Stadträtin Sonntag	
Herr Stadtrat Späh	
Herr Stadtrat Walter	
Herr Stadtrat Weber	Ab TOP 3
Herr Stadtrat Wiest	
Herr Stadtrat Zügel	

entschuldigt:

Herr Stadtrat Dr. Compter  
Herr Stadtrat Hagel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt	Bis TOP 6
Herr Kopf, Hochbauamt	
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Bürgermeister Kuhlmann	
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg	
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport	
Herr Rechmann, Tiefbauamt	Ab TOP 3
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer	
Herr Walz, Gebäudemanagement	Bis TOP 6
Herr Erster Bürgermeister Wersch	
Herr Wilk, Hochbauamt	Bis TOP 4
Herr Winter, Bruno-Frey-Musikschule	

Gäste:

Herr Schley, Mali-Hauptschule	Bis TOP 3
Herr Pfab, Dollinger Realschule	Bis TOP 3
Herr König, Jugend-Aktiv	TOP 5

## Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Begrüßung und Dank	
2.	Bekanntgabe von nichtöffentlich gefassten Beschlüssen	138/2010
3.	Neubau Räumliches Bildungszentrum	136/2010
	1. Kostenschätzung	
	2. Entscheidung über die Ausführung der Sport- und Kletterhalle	
4.	Neubau Räumliches Bildungszentrum - Weitere Beauftragung der Architekten und Fachingenieure	143/2010
5.	Gemeinwesenorientierte Jugendarbeit in den Stadtteilen - Antrag auf Verlängerung des Auftrags an Jugend Aktiv e.V.	140/2010
6.	Teilnahme der Bruno-Frey-Musikschule Biberach am neuen Landesför- derprogramm "Singen - Bewegen - Sprechen"	142/2010
7.	Feststellung des Jahresabschlusses 2009 der Stadtwerke Biberach GmbH	141/2010
8.	Breitbandinfrastruktur - Aufbau eines Basisleerrohrnetzes	139/2010
9.	Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach zum 30.06.2010	144/2010
10.	Bekanntgaben	
10.1.	Gute Wünsche für die Ferein	
11.	Verschiedenes	
11.1.	Baustelle Marktplatz	
11.2.	Beteiligung des Gebäudemanagements bei Kindergartenbauten	
11.3.	Aufenthaltsverbote während des Feuerwerks	
11.4.	Fußgängerampel am Ärztehaus	
11.5.	Akustik im Rathausfoyer	
11.6.	Dank an die Verwaltung	

Die Mitglieder wurden am 15.07.2010 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen.  
Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokal-  
teil der Schwäbischen Zeitung am 21.07.2010 ortsüblich bekannt gegeben.

## **TOP 1 Begrüßung und Dank**

OB Fettback übermittelt seinen großen Dank an alle, die sich um das Schützenfest verdient gemacht hätten. Insgesamt sei es bis auf den Unfall an Bauernschützen ein schönes Fest gewesen. Beim Unfall seien zum Glück nur drei Personen mit dem Verdacht auf Frakturen ins Krankenhaus eingeliefert worden, wo dann festgestellt worden sei, dass es sich nur um Prellungen handle. Man sei auf derartige Schadensfälle gut vorbereitet und habe auch eine große Sicherheitsübung mit einem großen Schadensereignis in der Vorwoche des Schützenfestes durchgeführt.

Die Tribünen seien bereits abgebaut, dafür sei ein Teil des Marktplatzes bereits eingezäunt und die Bagger angerollt zur letzten Marktplatzumgestaltung. Dies zeige die Besonderheit Biberachs und das vieles toll laufe.

Die anstehende Sitzung werde sicher im Zeichen des Neubaus der Realschule stehen. Man habe mit der Sitzung früher begonnen, da traditionell ab 19:30 Uhr ein Zusammentreffen mit der Schützendirektion erfolge. Dennoch wolle er sich die Zeit nehmen, jemanden zu begrüßen, der länger abwesend gewesen sei. Ortsvorsteher Krause habe sich planmäßig einer Operation unterzogen. Er habe ihm mitgeteilt, dass es ihm gut gehe. Er begrüßt ihn herzlich in den Reihen der Ortsvorsteher.

Es wird applaudiert.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 138/2010 zur Information vor.

**Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 136/2010 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde vom Hauptausschuss in nichtöffentlicher Sitzung am 12.07.2010 mangels Vorberatung in den Ausschüssen vorberaten. Zur Sitzung ging ein Antrag der Grünen ein, der dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

OB Fettback begrüßt als Schulvertreter die Herren Pfab und Schley. Den bisherigen Prozess bezeichnet er als konstruktiv. Der Gemeinderat habe bereits eine einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen. Die Maßnahme sei das größte Investitionsvorhaben der Nachkriegsgeschichte als Einzelmaßnahme betrachtet und ein wichtiges Projekt. Er spricht dem eigenen Haus seinen Dank aus. Der Vorlage sehe man an, dass sie aus einem Guss sei, obwohl sehr viele Ämter beteiligt seien. Hierbei handle es sich hauptsächlich um das Hochbauamt, das ABBS und das Gebäudemanagement, aber es seien auch weitere Bereiche aus der Kultur, dem Tiefbau und dem Verkehr beteiligt, um nur einige zu nennen. Dabei merke man, dass diese Maßnahme nicht als Pflichtaufgabe gesehen werde, sondern über die Dezernate hinweg um ein tolles Projekt gerungen werde. Man weiche um 150 Quadratmeter vom bisherigen Rahmenprogramm ab, was zeige, dass gute Vorarbeit geleistet worden sei. Lediglich bei drei Punkten bestehe kein Einvernehmen mit den Schulen, was angesichts der Projektgröße relativ wenig sei. Dies sei einmal die Klassenzimmergröße, bei der sich die Verwaltung auf die Fördergröße von 66 Quadratmetern geeinigt habe nach Diskussionen auf verschiedenen Verwaltungsebenen. Man halte dies auch mit Blick auf das Wettbewerbsergebnis für richtig angesichts des insgesamt großzügigen Raumprogramms. Ein weiterer Diskussionspunkt sei die Überdachung des Pausenhofes, die man jetzt nicht vorschlage, die aber jederzeit nachgerüstet werden könne, sollte sie notwendig werden. Bei der EDV-Ausstattung bestünden unterschiedliche Meinungen zur Schrittfolge und Finanzierungen. Im Übrigen bestehe Einvernehmen mit den Schulen und den einzelnen Verwaltungsebenen.

Da der Bau einer vierteiligen Halle vorgeschlagen werde sei allen klar, dass damit die Großsporthalle ad acta gelegt werden könne und der Gemeinderat habe empfohlen, den Beschlussantrag entsprechend zu ergänzen. Die Formulierung der Zuschauerkapazität von bis zu 700 Zuschauern sei als Maximalgröße zu verstehen, die etwas nach unten abweichen könne. Die Sporthalle werde einer erneuten Prüfung des Konzepts mit dem Ziel einer Kostenreduzierung unterzogen.

Den Bau der Kletterhalle schlage man momentan nicht vor. Wichtig sei, dass diese Halle jederzeit angebaut werden könne. Es bestehe die klare Botschaft, einen Realisierungsversuch unter Regie des DAVs zu versuchen. Es seien andere Modelle vorstellbar, u. a. die Reutlinger Lösung. Hierzu seien Gespräche mit dem DAV erforderlich.

Insgesamt bezeichnet er das Projekt als riesen Chance für die Schullandschaft und auch als Brückenschlag zum BSZ.

BM Kuhlmann erläutert in Kürze die Planung und führt vor Augen, was sich hinter dem Begriff räumliches Bildungszentrum verbirgt, nämlich ein Gesamtpaket verschiedenster Objekte. Die Planung bezeichnet er als sehr offen und transparent, eine sehr luftige Schule mit vielen Aufenthaltsbereichen außerhalb der Klassenzimmer, weshalb man eine Klassenzimmergröße von 66 Quadratmetern als ausreichend erachte. Überdies seien jeweils zwei Klassenzimmer zusammenschließbar. Die Großzügigkeit werde bei der Überplanung nicht in Frage gestellt. Im weiteren Ver-

fahren werde aber über vieles zu diskutieren sein, u. a. das Energiekonzept und die energetischen Standards. Die Maßnahme sei also weiter im Fluss, erste Punkte müssten aber nun festgelegt werden.

Auch die Sporthalle stehe auf dem Prüfstand, was das Konzept betreffe. Man werde u. a. eine Alternativlösung einfordern, die den Zuschauerbereich auf einer Seite vorsehe, um Verkehrsflächen und Volumen einzusparen. Gleiches gelte für das Sheddach. Man wolle also konzeptionell einen anderen Ansatz geprüft. Die Alternativen würden im Herbst zu Entscheidung vorgelegt. Dabei würden keine Rahmenbedingungen verändert, sondern nur räumlich eine andere Lösung angestrebt.

Parallel bereite man die Neuorganisation der Sportflächen vor. Mit dem Kunstrasenplatz werde in Kürze begonnen, um ein nahtloses Angebot bieten zu können. Auch die Verkehrserschließung werde parallel geplant. Er unterstreicht die Ausführungen OB Fettbacks, wonach eine tolle Gemeinschaftsaktion stattfinde und dankt den Mitarbeitern aus seinem Bereich hierfür. Beim Gemeinderat entschuldigt er sich, wenn bei diesem Großprojekt nicht immer alles rund laufe.

Es wird applaudiert.

EBM Wersch spricht den Antrag der Grünen zur EDV-Ausstattung an und meint, er ziele in die falsche Richtung. Eine Verkabelung sei bei einem Neubau nicht teurer, weshalb wie bei anderen Schulen auch vorgegangen und dieser Teil aus dem Medienetat finanziert werden sollte. Dieser sei auskömmlich und habe sich seit vielen Jahren bewährt als Bestandteil des Schuletats.

StR Dullenkopf schickt voraus, er werde keine Ausführungen zur Architektur machen, die ausreichend beleuchtet worden seien. Wiederholen wolle er aber den Dank an alle Beteiligten, die eine schlüssige Vorlage erstellt hätten.

Die Kostenschätzung sei nicht sehr aussagekräftig, da man von 10 Prozent Schwankung ausgehen müsse, vermutlich eher nach oben. Die Themen Freiflächenplanung und Verkehr seien noch nicht enthalten, weshalb es fatal wäre, sich auf 45 Mio. Euro festzulegen. Wenn die Kinderzahlen allgemein zurück gingen, habe man eines Tages eventuell auch weniger Kinder in der Realschule und damit einen geringeren Raumbedarf. Dies sei mit ein Grund für die Wahl dieses Standorts gewesen, der es ermögliche, so erforderlich Schulklassen innerhalb der unterschiedlichen Schulen auszulagern.

Beschäftigt habe man sich mit der Pausenhofüberdachung, da auch im PG und WG keine Überdachung vorhanden sei. Man wolle die großzügige Gestaltung im Foyer und ihre Nutzung beobachten, sofern die Option bestehe, reagieren zu können, sollte die vorhandene überdachte Fläche nicht ausreichen.

Zum Antrag der Grünen gibt er zu verstehen, der Schulträger und die Schulen müssten genau festlegen, was benötigt werde. Auch nach den ergänzenden Mailinformationen von EBM Wersch sei nicht ganz klar, welche Teile tatsächlich neu anfielen. Die Schule müsse wissen, ob sie dies aus dem Budget leisten könne. Gegebenenfalls müsse man das Thema bei den Haushaltsplanberatungen entscheiden und jetzt ausklammern.

Die Ausführungen zum energetischen Standard ließen vermuten, dass die Kostenschätzung nicht ausreichend sei. Auch dies sei getrennt zu beraten. Dem Verzicht auf eine Großsporthalle stimme

man zu, wenn nun eine vierteilige Halle mit Zuschauerkapazitäten zwischen 600 und 700 Sitzplätzen geschaffen werde, was ausreichend sei.

Bezüglich der Kletterhalle sei eine Entscheidung schwierig. Diese Halle werde gewünscht, es sei aber noch nicht klar, mit welchen Dritten man reden müsse. Klar sei jedoch, dass die Stadt nicht Betreiber sein solle. Ansprechpartner sollte nicht nur der DAV sein, sondern in Frage kämen eventuell auch andere, die zusammen mit dem DAV eine Lösung schulterten. Er bittet, Gespräche mit potentiellen Betreibern und Investoren zu führen. Wenn ein Grobergebnis vorliege, werde man sich von Seiten der CDU-Fraktion mit diesen Personen unterhalten. Insgesamt müsse man sehen, dass nicht alles auf einmal gebaut werden könnte und dass mit manchen Entscheidungen noch zugewartet werden könne.

OB Fettback stellt klar, für die Verkehrsflächen seien Mittel in der Kostenschätzung enthalten.

StRin Kübler meint, die Vorlage verfolge den Leitgedanken "Kinder sind Zukunft". Die SPD-Fraktion folge daher den Beschlussanträgen. Die 45 Mio. Euro würden sinnvoll und nachhaltig investiert und man sei für diesen Fall gerne bereit, die Rücklagen anzugreifen. Dies bringe mehr Ertrag, als bei derzeitigen Zinssätzen zu erwarten sei. Man stelle aber den Anspruch auf Vollständigkeit, wozu auch Klassenzimmer in erforderlicher Größe gehörten. Man habe sich vor Ort überzeugt, dass 66 Quadratmeter den aktuellen Ansprüchen der Unterrichtsführung nicht genügten. Man sei zweimal mit einem Antrag hierzu gescheitert, weshalb man auf erneute Antragstellung verzichte. Ausreichend Freifläche gehöre auch zu diesem Anspruch, wobei man in der Gestaltung die Schüler gleich mitnehmen solle, damit sie sich mit dem Projekt identifizieren könnten. Sie regt an, eventuell einen Wettbewerb durchzuführen. Ein gutes Beispiel hierfür sei beispielsweise der Pausenhof des Pestalozzi-Gymnasiums. Überdies fordere man ein optimales Energiekonzept. Notfalls höhere Investitionen zahlten sich angesichts der Preisspirale im Energiesektor schnell aus. Hierzu müsse man für innovative Ideen offen sein und vorausschauend und zukunftsorientiert denken und handeln. Der geforderten Wirtschaftlichkeit müsse in diesem Fall mehr Zeit eingeräumt werden. Ein Vorzeigeobjekt sei für die SPD-Fraktion von Anbeginn ein Anliegen gewesen und hieran halte man auch fest.

Zur Pausenhofüberdachung pflichtet sie ihrem Vorredner bei. Man habe sich von der Verwaltung überzeugen lassen, dass auf eine Pausenhofüberdachung vorerst verzichtet werden könne. Die Antworten zur EDV-Ausstattungen seien nicht zufriedenstellend. Eine EDV-Verkabelung sollte mit dem Neubau erfolgen, weshalb man dem Antrag der Grünen zustimme. Die per E-Mail erhaltene Antwort beziehe sich eher auf die Medienausstattung.

Zur Sporthalle setze man auf langfristige Lösungen und sehe auch hier Einsparmöglichkeiten. Was die Kletterhalle betreffe sei man hin und her gerissen. Der Gesundheitsaspekt und anderes mehr erforderten deren sofortigen Bau. Man wolle andererseits einen Schnellschuss vermeiden, um mögliche Optionen offen zu halten, beispielsweise dass Zuschüsse generiert werden könnten. Man hoffe aber auf ein baldiges Ergebnis und das Thema dürfe nicht auf die lange Bank geschoben werden.

OB Fettback empfiehlt, die Frage der EDV-Ausstattung und den Antrag der Grünen zurück zu stellen und spätestens zu den Haushaltsplanberatungen 2011 zu entscheiden.

StR Zügel führt aus, das Projekt sei von seinen Vorrednern ausführlich gewürdigt worden. Dem Dank schließe er sich namens der Freien Wähler ausdrücklich an. Die Realisierung des Neubaus



des räumlichen Bildungszentrums werde gebilligt. Man müsse jede mögliche Kosteneinsparung nutzen, da derartige Baumaßnahmen ohnehin fast immer teurer würden. 66 Quadratmeter Klassenzimmergröße mit einer möglichst flexiblen Wandgestaltung halte man für ausreichend. Bezüglich der EDV-Ausstattung folge man der Meinung der Verwaltung, da Maßstab die Gleichbehandlung sein müsse. Wenn der Antrag bis zu den Haushaltsplanberatungen zurückgestellt werde, sei dies sachgerecht. Unklar seien noch die Parkierung, der Hol- und Bringverkehr und die Busanbindung, dies könne aber zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden. Man müsse bedenken, dass das Projekt auf die Verkehrssituation insgesamt wirken werde.

Den Bau einer vierteiligen Sporthalle bezeichnet er als gerechtfertigt. Die Mehrkosten gegenüber einer dreiteiligen Halle seien vom Baudezernat verbindlich mit 69 000 Euro angegeben worden, woran sich die Verwaltung zu halten habe. Kosten von 77 000 Euro für einen von der Realschule kaum genutzten Kraftraum müssten den Bürgern als Sportförderung verkauft werden, denn der Sinn dieser Einrichtung sei vielen Bürgern nicht vermittelbar. Unklar sei auch, wer die Folgekosten trage, Schule oder Verein.

Eine Kletterhalle stehe nicht im Schulkurriculum und alle Schulen hätten keine Lehrerkapazitäten hierfür. Entscheidend seien die Folgekosten, weshalb die Stadt nicht Betreiber sein dürfe. Die Freien Wähler wollten die Verhandlungen mit dem DAV abwarten und seien für alle Modelle offen, wobei eine Schulnutzung wünschenswert wäre.

Die Konzentration auf das Wesentliche und die Transparenz der Vorlage seien zurecht gelobt worden. Die praktizierte Zusammenarbeit über der Dezernate hinweg, insbesondere des Finanz- und Baudezernates werde auch weiterhin erforderlich sein. Abschließend erlaube er sich eine politische Bemerkung: Ein Teil des Gemeinderats habe vor kurzem einen dieser Dezernenten abschaffen wollen. Er kündigt die Zustimmung der Freien Wähler zur Vorlage an.

StR Späh spricht von einer historischen Entscheidung. Gute Schulen seien für das zukünftige Lernen der nächsten Schülergenerationen gewollt. Dazu gehörten auch Klassenzimmer in ausreichender Größe. Die Grünen hätten sich überzeugt, dass 66 Quadratmeter als Minimum richtig seien. Es dürfe sich jedoch nicht um eine Durchschnittsgröße handeln. Sicher seien unterschiedliche Meinungen zur Pausenhofüberdachung möglich. Er bittet mitzuteilen, wie die Membrankonstruktion gedacht gewesen wäre und was es bedeute, wenn ein nachträglicher Anbau erforderlich werde, speziell ob Mehrkosten anfielen.

Bezüglich der EDV-Verkabelung sei man immer davon ausgegangen, dass diese zur Grundausstattung einer neuen Schule gehörten. Bei der Antragstellung sei noch einiges unklar gewesen. Man wolle wenn möglich einen Mix zwischen einer Finanzierung durch den Schulträger und Budgetanteilen erreichen. Bestehende Kabel könne die Schule nicht mitnehmen, was den Unterschied zu einem Anbau bzw. einer Sanierung mache, wo dies teilweise möglich sei. Die Realschule müsse vielmehr von Null beginnen. Der Vorschlag, den Antrag zurückzustellen, bis Gespräche geführt worden seien und spätestens zu den Haushaltsplanberatungen eine Entscheidung zu treffen sei richtig. Er bezeichnet es als gut, dass der Sonnenschutz mit Horizontallamellen durchgeführt werde und Solar auf dem Dach vorgesehen werde. Das Energiekonzept sei insgesamt wichtig und es müsse mindestens der Standard der Gebhard-Müller-Schule erreicht werden, möglich sogar noch ein besserer. Da man eine Schule für 30 bis 40 Jahre plane, müsse das Energiekonzept entsprechend lang Bestand haben und eventuelle Mehrkosten hierfür in Kauf genommen werden, die langfristig zu Kosteneinsparungen führten. Dass generell über mögliche Kosteneinsparungen nachgedacht werde, sei in Ordnung. Zur Sporthalle gibt er zu verstehen, ursprünglich hätten sich

die Grünen kritisch gegenüber einer vierteiligen Halle geäußert, da man die Kletterhalle als wichtig angesehen habe. Wenn nun aber schon gebaut werde, spreche man sich auch mit dem Hinweis auf den Verzicht auf eine Großsporthalle, für die vierteilige Halle aus.

Eine Kletterhalle bezeichnet er als wichtig und in anderen Bundesländern finde sich Klettern schon in den Lehrplänen. Er bittet, dieses Thema zügig anzugehen. Zum Verkehrskonzept hebt er darauf ab, eine möglichst gute Anfahrbarkeit mit dem Fahrrad und die erforderlichen Stellplätze seien erforderlich, um keine unnötigen Hol- und Bringverkehre zu erzeugen. Die Kostenschätzung sei seit der ersten Einbringung stark erhöht, weshalb man vermutet habe, dass zunächst keine Mehrwertsteuer eingerechnet worden sei. Er gibt zu verstehen, die Grünen gingen davon aus, dass am Ende nicht 52 Mio. Euro Kosten stünden, sondern eher weniger als die nun geschätzten 45 Mio. Euro.

StR Funk zollt der Vorlage namens der FDP-Fraktion allergrößtes Lob. Es seien alle für die Entscheidung wichtigen Themen untersucht und schlüssig dargelegt worden. Das Bau- und das Finanzdezernat hätten hervorragend zusammen gearbeitet. Dies mache eine Zustimmung leicht. Das Volumen sei im Vergleich zu anderen Aufgaben nicht dramatisch und man glaube, dass die 45 Mio. Euro gut kalkuliert seien und werde auch helfen, diesen Kostenrahmen einzuhalten. Energetische Entscheidungen seien getrennt zu betrachten. Synergieeffekte seien bereits gewoben worden, wie beispielsweise die Zusammenarbeit mit dem Kreis und durch die Nutzung der Memelstraße. Weitere Synergieeffekte seien vermutlich leichter zu generieren bei künftigen Entscheidungen beispielsweise aufgrund Veränderungen durch demographischen Wandel, die Veränderung von Schülerzahlen und anderes mehr, da viele Schuleinrichtungen kompakt untergebracht seien. Mit der vierteiligen Sporthalle zugunsten der Schulen und mit 700 Sitzplätzen könne man angesichts der Aussage, dass diese gegenüber einer dreiteiligen Halle nur 69 000 Euro teurer werde, leichten Sinns zustimmen. Ein Verzicht auf die Pausenüberdachung sei in Ordnung, da eine nachträgliche Überdachung als möglich bezeichnet worden sei. Zur Klassenzimmergröße führt er aus, die FDP-Fraktion habe in den Vorberatungen um eine Darlegung der Argumente beider Seiten gebeten, was durch den Antrag der SPD-Fraktion und dessen Ablehnung obsolet geworden sei. Bezüglich der EDV-Ausstattung sei eine Gleichbehandlung der Schulen wichtig. Der Vorgehensweise zur Kletterhalle stimme man zu.

StR Keil meint, die Statements zur Kletterhalle hätten gezeigt, dass einige Missverständnisse bestünden, unter anderem was Kooperationsmöglichkeiten mit den Schulen beträfen. Das aktuelle Angebot sei einmalig und hierfür müsse man dankbar sein. Er plädiert, die Entscheidung zur Kletterhalle bzw. zu deren Konzept zeitnah, möglichst Ende 2010 zu treffen, damit ein möglichst zeitgleicher Bau erfolgen könne, was sicher Einsparmöglichkeiten bringe.

StRin Drews bezeichnet es als unzutreffend, dass Klettern im Bildungsplan nicht enthalten sei. Vielmehr stehe es den Schulen frei, wie sie die geforderte Kompetenzbildung erreichten. Fortbildung der Lehrer erfolge natürlich erst, wenn eine Kletterhalle vorhanden sei.

BM Kuhlmann zeigt einen ersten Plan zur möglichen Schulhofgestaltung, der zur Überdachung eine Zeltkonstruktion mit Stützen und Folien vorsehe, was jederzeit nachgerüstet werden könnte.

Auf Fragen lässt OB Fettback noch wissen, die aktuelle Kostenschätzung müsse in der Finanzplanung Niederschlag finden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

### Beschluss:

- 1. Die vorliegende Planung für Realschule und Ganztagesbereich im Rahmen des Räumlichen Bildungszentrums wird auf Basis der dargestellten Kostenschätzung weitergeführt. Die Baumaßnahmen werden entsprechend zum Haushaltsplan angemeldet.**
- 2. Die Sporthalle wird als vierteilige Halle mit bis zu 700 Zuschauerplätzen und Fitnessraum realisiert. Architekten und Fachingenieure erhalten den Auftrag, auf Basis dieses Programms Kosteneinsparungen darzustellen im baulichen Standard, alternativ auch durch Änderungen am Entwurf.**
- 3. Für die Kletterhalle wird wie dargestellt über Finanzierungs- und Betreibermodelle verhandelt. Die Fläche für die Kletterhalle als Anbau an die Sporthalle wird für diesen Zweck freigehalten.**

Herr Pfab zeigt sich als Rektor der Dollinger Realschule erfreut über den Beschluss. Es werde viel bewegt. Er lobt namens der Schule auch die Vorplanung über Arbeitskreise und meint, man werde sicher zu einem guten Ergebnis kommen.

Es wird applaudiert.

**TOP 4    Neubau Räumliches Bildungszentrum -  
    Weitere Beauftragung der Architekten und Fachingenieure**

**143/2010**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 143/2010 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Die Architekten Lanz/Schwager sowie die Ingenieurbüros Landschaft Drei (Freianlagen), Fischer und Leisering (Statik), Knaus+Zentner (HLS-Technik) und Miller+Stucke (E-Technik) werden mit weiteren Planungsleistungen bis Leistungsphase 7 (Mitwirkung bei der Vergabe) beauftragt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 140/2010 zur Beschlussfassung vor. Das Jugendparlament befasste sich in seiner Sitzung am 14.07.2010 mit der Thematik.

StR Dullenkopf gibt zu verstehen, die Gründe, die vor über 20 Jahren zur Aufnahme der Gemeinwesenorientierten Jugendarbeit in diesem Stadtteil geführt hätten und in den 90er Jahren durch eine große Zuwanderungs- und Asylbewerberwelle erforderlich gewesen seien, bestünden nicht mehr in dem Maße. Manche Stadtteile könnten mittlerweile ob des guten Angebots neidisch werden. Er könnte sich vorstellen, dass in der Kernstadt mittlerweile eher ein Bedarf gegeben sei. Dennoch stimme man zu, dass die Arbeit vorerst weiter geführt werde.

StRin Kübler signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion und gibt zu verstehen, dass eine Verlängerung um fünf Jahre der SPD-Fraktion lieber wäre, um ein Zeichen zu setzen, denn die Arbeit werde weiterhin benötigt.

StRin Goeth meint, die Arbeit habe sich bewährt und die Mitarbeiter seien mit der Situation sehr gut vertraut und reagierten auf Veränderungen flexibel. Die Arbeit werde sicher noch einige Jahre notwendig sein, 3 Jahre mindestens. Daher stimmten die Freien Wähler zu.

StR Späh bezeichnet die Vorlage als schlüssig. Es werde wichtige und wertvolle Arbeit geleistet, die fortgesetzt werden müsse. Auch die erwirtschaftete Zuschussreduzierung sei positiv. Dem Ansinnen der SPD-Fraktion stehe man positiv gegenüber.

StR Funk kündigt die Zustimmung der FDP-Fraktion an. Wäre das Ansinnen von StRin Kübler als Antrag gestellt worden, hätte man diesen abgelehnt, da man hierüber in der Fraktion nicht habe beraten können.

OB Fettback gibt zu verstehen, derartige Maßnahmen hätten oft kürzere Laufzeiten und 3 Jahre erachte man als gut vertretbar. Die Stadt sei nur Zuschussgeber und man könne flexibler reagieren, sollte sich der Bedarf in einem anderen Stadtteil eher zeigen.

StR Abele zeigt sich überrascht vom Ansinnen StRin Küblers und schickt voraus, er habe sich nicht zu Wort gemeldet, da er sich als Vorstandsmitglied des Vereins Jugend-Aktiv als befangen ansehe. Es existiere kein Vorstandsbeschluss auf einen fünfjährigen Zuschussantrag und dies sei auch im Vorstand nicht diskutiert worden. Er bittet die Frage der Befangenheit vor der nächsten Entscheidung zu prüfen.

StRin Drews begründet die Forderung nach fünf Jahren Zuschuss damit, dass Jugendarbeit je nach Bedarf auch in ein anderes Projekt geleitet werden könnte und mit fünf Jahren mehr Planungssicherheit bestünde.

OB Fettback hält entgegen, dann müsste der Dienstvertrag geändert werden, der sich auf die Gemeinwesenorientierte Jugendarbeit im Stadtteil Gaisental, Weißes Bild und Fünf Linden beziehe.

StR Zügel bezieht sich auf das Argument der Flexibilität und die Konzentration auf den Dienstleistungsvertrag und bezeichnet dies als richtig. Eine Bindung auf 5 Jahre sei daher gar nicht möglich, da man sich finanziell und vom Aufgabenfeld unnötig binden würde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1. Der zum 1.1.2007 angepasste Dienstleistungsvertrag zwischen der Stadt Biberach und dem Verein Jugend Aktiv e.V. im Bereich der Aufgabe "Gemeinwesenorientierte Jugendarbeit in den Stadtteilen Gaisental, Weißes Bild und Fünf Linden" wird um weitere drei Jahre (2011 bis 2013) verlängert.**
- 2. Für diese Arbeit erhält der Verein Jugend Aktiv e.V. einen Personalkostenzuschuss in Höhe von 60.000 € pro Jahr. Der Verein verwendet den Festbetragszuschuss zur Beschäftigung von zwei Halbtagskräften.**
- 3. Die Dienst- und Fachaufsicht für die beiden Mitarbeiter liegt weiter bei Jugend Aktiv e.V.**
- 4. Als Betriebskostenzuschuss für das von der Jugendarbeit genutzte Büro und den anteiligen Besprechungsraum erhält der Verein Stadtteilhaus Gaisental e.V. einen Kostenersatz in Höhe von 4.300 €/ Jahr.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 142/2010 zur Information vor.

StR Abele begrüßt, dass die Verwaltung das Thema aufgegriffen habe, das zum MuBiGs-Projekt passe. Er erkundigt sich nach den Entscheidungskriterien für die Aufnahme ins Programm und welche Begrenzung bestehe.

StRin Kübler meint, dieses Projekt könne man als Gemeinderat gar nicht ablehnen. Eventuell bringe es durch eine Erhöhung des Lehrerdeputats insgesamt sogar eine Erleichterung. Man nehme es daher gerne zur Kenntnis.

StRin Goeth führt aus, man erlebe immer wieder, dass Projekte von außen anfinanziert würden. Als Beispiel nennt sie unter anderem die Bahnhofsmision. Am Ende stehe dann die vehemente Forderung nach einer Fortsetzung, was teilweise Ärger mit sich bringe. Gleichzeitig bestehe im Rahmen der Haushaltsplanberatungen die Forderung, zu sparen. Die freiwilligen Aufgaben würden aber immer umfangreicher. Allen müsse daher klar sein, dass das Landesprogramm im Jahr 2016 auslaufe und kein Anspruch auf Fortsetzung bestehe.

OB Fettback gibt StRin Goeth Recht, man dürfe den Mehrwert und die Anschubfinanzierung derartiger Projekte aber nicht pauschal schlecht reden. Über dies sei Biberach in der glücklichen Lage, vieles dann fortführen zu können.

StR Dr. Schmid sieht im Programm ein rundum lohnendes Förderprogramm. Er hält es für erforderlich, über die Auswahlkriterien zu diskutieren, da er beispielsweise den Migrationshintergrund als wichtiges Entscheidungskriterium sehe.

Herr Winter lässt wissen, für den gesamten Landkreis seien 20 Kooperationen geplant. Er habe versucht, die Zahlen realistisch zu schätzen und mit dem Amt für Bildung, Betreuung und Sport eine schlüssige Auswahl zu treffen. Das Gaisental mit einem hohen Migrationsanteil wäre sicher ein schlüssiges Argument. Hier bestünden allerdings schon Kooperationen. Die Auswahlkommission beim Regierungspräsidium Tübingen werde entscheiden, welche Projekte schlüssig seien. Ein Teil von MuBiGs könne voraussichtlich refinanziert werden. Jede Kooperation, die angestoßen werde, sei auf sechs Jahre ausgerichtet. Alles was weiter angestoßen werde, sollte auch weitergeführt werden. Man könne keine definitive Frist definieren, wann das Modell tatsächlich auslaufen werde. Die Vorlage sei unter Druck erstellt worden, da das Einschreibeverfahren Ende August ende und man nicht ausreichend Zeit für erforderliche Besprechungen gehabt habe.

**Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 141/2010 zur Beschlussfassung vor.

Im Sinne der Transparenz bezeichnet es OB Fettback als wichtig, darüber zu informieren, dass bei den Vorberatungen in den Aufsichtsräten der e. wa riss GmbH und der Stadtwerke Biberach GmbH festgelegt worden sei, entsprechend vorzugehen. Man sei sich einig, dass am Standort der e.wa riss investiert werden müsse. Beispielsweise sei schon lange ein Neubau in der Beratung, wobei aktuell eine Standortertüchtigung in der Freiburger Straße zur Diskussion stehe. Im Herbst sollten genauere Planungen zur Entscheidung, ob eine Sanierung erfolgen solle, vorgelegt werden. Daher wolle man vorläufig 1 Mio. Euro nicht ausschütten.

StR Abele hebt auf die intensive Beschäftigung der Aufsichtsräte mit dem Jahresabschluss ab und bezeichnet es als richtig, 1 Mio. Euro nicht auszuschütten, wobei sich der Verlust von knapp 500 000 Euro im Vorjahr auf 900 000 Euro erhöhe, was durch die geringere Ausschüttung der e.wa riss bedingt sei. Diese begründe sich darin, dass weniger Einnahmen erzielt worden seien und sich das Investitionsvolumen im Bereich der Bäder mit zusätzlich 500 000 Euro niedergeschlagen habe. Dieser Sachverhalt verdeutliche, dass man das Konstrukt des steuerlichen Querverbundes nicht in Frage stellen dürfe. Die Ertüchtigung der Freiburger Straße bezeichnet er als richtigen Ansatz, wobei finanzielle Aspekte entscheidend seien.

StR Funk meint, es könne nicht sein, dass man aufgrund einer derart dürftigen Vorlage und ohne Geschäftsbericht eine Entscheidung treffe. Für ihn sei immer problematisch, was er als Aufsichtsrat seinen Fraktionskollegen mitteilen könne, weshalb er grundsätzlich nichts mitteile. Der Bedarf einer Kapitalerhöhung sei zu erwarten, eventuell auch für den Neubau.

OB Fettback erwidert, der Jahresabschluss stehe im Einklang mit der Finanzplanung und der gedachten Eigenkapitalausstattung. Er gehe davon aus, dass keine Veränderung erforderlich werde, auch nicht aufgrund der Sanierung der Tiefgarage Museum. Man habe doppel so viele Besucher in den Bädern verzeichnet und der Aufsichtsrat habe entschieden, dem etwas durch die Einführung einer Zeitbeschränkung entgegen zu wirken. Dies führe zu einer Einnahmeerhöhung und werde das Besucherklientel etwas verändern. Hintergrund sei, dass man immer ein Schul- und Sportbad und kein Spaßbad gewollt habe.

Für StR Zügel ist wichtig, als roten Faden festzuhalten, dass die Zurückhaltung der Ausschüttung zur Standortsicherung gerechtfertigt sei. Die Stadtwerke dürften daher nicht mit dieser Ausschüttung rechnen. Der Verlust der Stadtwerke sei aber weiterhin gegeben, weshalb der städtische Haushalt eher mehr belastet werde, worauf man sich in künftigen Haushalten einstellen müsse in Form einer Stammkapitalerhöhung oder durch höhere Zuschüsse.

StR Braig gibt zu verstehen, um der Vorlage zustimmen zu können, benötigte er genauere Informationen. Er vertraue zwar den Aufsichtsräten, habe aber noch nie etwas zugestimmt, das er nicht selbst habe beurteilen können.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 1 Nein-Stimme (StR Braig), 1 Enthaltung (StR Funk) und restlichen Ja-Stimmen folgenden



### Beschluss:

**Der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Biberach GmbH wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:**

- 1. Der Jahresabschluss 2009 der Stadtwerke Biberach GmbH wird, unter Berücksichtigung des Bestätigungsvermerkes vom 03.05.2010 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft HHS Hellinger Hahnemann Schulte-Groß GmbH festgestellt.**
- 2. Verwendung des Verlustes aus dem Jahresabschluss 2009:  
Der Jahresverlust in Höhe von 1.388.940,65 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.**
- 3. Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat werden für das Geschäftsjahr 2009 entlastet.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 139/2010 zur Beschlussfassung vor.

StR Abele stellt klar, es handle sich um keine Maßnahme der e.wa Netze, sondern die Stadt stelle einen Antrag, um Landeszuschüsse generieren zu können. Er bezeichnet es als richtig, in den ländlichen Raum zu gehen, da Druck aus den Ortschaften komme. Es sei lange über die neuen Funklizenzen diskutiert und das gesamte Leerrohrnetz in Frage gestellt worden. Dies habe sich nun aber als nicht richtig erwiesen. Denn die Kapazitäten der Funknetze seien begrenzt. Er fragt, wie lange die Maßnahme vorfinanziert werden müsse und ob man Zinsen eingerechnet habe. Abschließend signalisiert er die Zustimmung der CDU-Fraktion.

StR Keil erkundigt sich nach der Abgrenzung der Zuständigkeit zur e.wa Netze und fragt, ob sich Mittelbiberach an den Kosten beteilige, wenn auch dorthin Leerrohre verlegt würden.

StR Weber signalisiert die Zustimmung der Grünen.

StR Funk geht davon aus, die Rohre könnten letztlich an jeden vermietet werden und es bestehe keine Bindung an die e.wa Netze. Er fragt, an welchen Vermietungspreis gedacht werde.

OB Fettback gibt zu verstehen, letzteres könne man nicht öffentlich diskutieren. Erforderlich sei, einen diskriminierungsfreien Zugang zu ermöglichen. Mittelbiberach werde finanziell beteiligt. Fakt sei, dass bislang außer der e.wa Netze kein Anbieter auf dem Privatsektor vorhanden sei, der in die Wohngebiete gehe und sich dies nicht von den Kommunen bezahlen lasse.

OV Aßfalg bezeichnet die Vorlage als äußerst erfreulich für die Ortsteile. Er attestiert eine hervorragende Zusammenarbeit mit Mittelbiberach und dem Tiefbauamt.

BM Kuhlmann lässt wissen, man habe ein für die gesamte Raumschaft abgestimmtes Konzept.

Herr Rechmann lässt wissen, es würden keine Zinsen angesetzt, da man von einer raschen Umsetzung ausgehe.

StR Deeng fragt, ob auch an die Verlegung von Glasfasern nach Ringschnait gedacht sei, damit alle Ortsteile gleich behandelt würden, worauf OB Fettback erwidert, Ringschnait sei bereits durch Kupferrohre gut versorgt.

BM Kuhlmann fügt an, das Förderprogramm greife nur dort, wo die Versorgungslage schlecht sei, was in Ringschnait nicht der Fall sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

### Beschluss:

1. Auf der HHSt. 1.6300.512000.0 wird die Sperre der Finanzmittel in Höhe von 60.000,00 € aufgehoben.
2. Dem Bau der Leerrohrtrassen nach Stafflangen, Rindenmoos und Mettenberg wird zugestimmt.
3. Auf HHSt. 2.6300.951384.2/300 (Gehweg Mittelbacher Straße) werden Mittel in Höhe von 9.717,00 € zur Bewirtschaftung gesperrt.
4. Für die Finanzierung der Leerrohrtrassen werden im Haushaltsjahr 2010 außerplanmäßig 148.467,00 € im Vermögenshaushalt zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt durch 60.000,00 € von HHSt. 1.6300.512000.0 sowie 9.717,00 € von HHSt. 2.6300.951384.2/300.

Für die Deckung der restlichen 78.750,00 € werden überplanmäßig Mittel aus der Rücklage entnommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 144/2010 zur Information vor.

StR Späh bezeichnet es als positiv, dass vermutlich eine Stabilisierung der Gewerbesteuereinnahmen festgestellt werden könne, wenn auch auf niedrigerem Stand.

StR Funk gibt zu verstehen, er habe sich schon immer dafür ausgesprochen, auf den ersten Quartalbericht nicht zu verzichten, um speziell über den aktuellen Stand der Gewerbesteuereinnahmen informiert zu sein.

Für StR Zügel sind zwei Punkte wichtig. Zum einen sei das operative Geschäft im Verwaltungshaushalt noch immer gut. Des weiteren wirke die Vorlage dem teilweise vermittelten Eindruck entgegen, für Kultureinrichtungen werde kaum noch Geld ausgegeben, denn man müsse nur einen Blick auf den Zuschussbedarf werfen. Zusätzlich investiere man viel in die Bereiche Bildung und Betreuung.

OB Fettback fügt an, die Unsicherheiten des Kulturbudgets habe man durch die Budgetanpassung reduziert.

**Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen**

## **TOP 10.1 Bekanntgaben - Gute Wünsche für die Ferien**

OB Fettback führt aus, ein anstrengendes erstes Halbjahr sei vorüber und man habe viele Projekte auf den Weg gebracht, u. a. den Neubau des Bildungszentrums. Aktuell sei der Umbau des westlichen Marktplatzes in Angriff genommen worden mit dem Ziel seiner Fertigstellung bis zum 5. November. Man sei mit der Unsicherheit ins Jahr gestartet, wie sich die Wirtschaftskrise entwickle. Mittlerweile sehe man Licht am Ende des Tunnels, denn der Wirtschaft gehe es insgesamt besser. Es sei nicht zu möglichen Massenentlassungen gekommen, obwohl Leiharbeiter freigesetzt worden seien. Bezüglich der finanziellen Entwicklung der Stadt habe man Aussicht auf ein leichtes Plus bei den Einnahmen, was Verdienst der Wirtschaft aber auch aller sei, denn alle seien für ein funktionierendes Gemeinwesen erforderlich. Man habe viele, auch strittige Debatten geführt. Man habe dem Gemeinderat viel zugemutet, sei sich aber auch sicher in der Bewertung einig, dass Wichtiges auf den Weg gebracht worden sei. Es habe personelle Veränderungen innerhalb und außerhalb der Verwaltung gegeben. Die Verglasung der Arkaden sei abgeschlossen und mittlerweile sähen auch die Gegner, dass die Maßnahme toll geworden und die richtige Entscheidung getroffen worden sei.

Er wünscht dem Gemeinderat und allen Verwaltungsmitarbeitern gute Erholung und dankt für das Geleistete.

Es wird applaudiert.

## **TOP 11.1 Verschiedenes - Baustelle Marktplatz**

StR Funk äußert den Wunsch, an die ausführende Baufirma weiter zu geben, dass ein Liebherr-Gerät eingesetzt werde.

## **TOP 11.2 Verschiedenes - Beteiligung des Gebäudemanagements bei Kindergartenbauten**

StR Funk bringt vor, die Vorgänge im Kindergarten St. Michael hätten ihn zum Nachdenken gebracht. Da man 93 Prozent der Kindergartenkosten bezahle habe die FDP-Fraktion den Wunsch, dass bei Baumaßnahmen immer das Gebäudemanagement einbezogen werde.

### **TOP 11.3 Verschiedenes - Aufenthaltsverbote während des Feuerwerks**

StR Funk bezieht sich auf einen Bericht der Schwäbischen Zeitung, wonach das Feuerwerk verspätet begonnen habe. Er äußert die Vermutung, die Außenbewirtung beim Tennisclub sei hierfür verantwortlich, die dieses Jahr von der Polizei aufgelöst worden sei. Er fragt, wer dies veranlasst habe und was der Hintergrund hierfür sei.

OB Fettback lässt wissen, im Vorfeld des Schützenfestes sei der Tennisclub vom Ordnungsamt informiert worden, dass während des Feuerwerks keine Außenbewirtung zulässig sei. Sicherheitskräfte hätten dann festgestellt, dass dieses Verbot missachtet werde. Sofern die Darstellung in der Schwäbischen Zeitung zutreffend sei, werde dies sicher ein Nachspiel gegen den Tennisclub haben. Es könne nicht sein, dass man sich einer höflichen Bitte der Polizei auf unverschämte Art und Weise entziehe. Im Vorjahr habe es einen leichten Unfall in diesem Bereich gegeben, da die zweite Stufe einer Rakete einen Zuschauer leicht verletzt habe. Er gibt zu verstehen, selbst wenn nicht im Vorfeld das Verbot ausgesprochen worden wäre, ließe sich das Verhalten gegenüber den Sicherheitskräften nicht rechtfertigen.



#### **TOP 11.4 Verschiedenes - Fußgängerampel am Ärztehaus**

StRin Goeth dankt für die Veränderung des Taktes der Fußgängerampel am Ärztehaus und signalisiert totale Zufriedenheit.

## **TOP 11.5 Verschiedenes - Akustik im Rathausfoyer**

StR Späh bringt vor, im vergrößerten Foyer sei es sehr laut. Er fragt, wie dieses Problem minimiert werde, da dort Arbeitsplätze sein sollten.

BM Kuhlmann gibt zu verstehen, wenn die Theke fertig gestellt sei, seien auch die Akustik-elemente eingebaut, sodass die geschilderten Probleme nicht mehr gegeben seien.

## **TOP 11.6 Verschiedenes - Dank an die Verwaltung**

StR Wiest bedankt sich namens des Gemeinderats bei Frau Appel für ihre Betreuung im Rahmen der Informationsfahrt des Gemeinderats und am Schützenmontag nach dem Umzug. Er überreicht ihr ein Präsent sowie einen Blumenstrauß.

Es wird applaudiert.

Abschließend übermittelt er die guten Wünsche des Gemeinderats an die gesamte Verwaltung.

**Gemeinderat, 26.07.2010, öffentlich**

**Zur Beurkundung:**

Vorsitzender: .....

OB Fettback

Stadtrat: .....

Wiest

Stadtrat: .....

Keil

Schriftführerin: .....

Appel

Gesehen: .....

EBM Wersch

Gesehen: .....

BM Kuhlmann